

Nordfrieslands Wind – Kapital der Zukunft

Doch die deutsche Energiewirtschaft blockiert die Chance und lenkt den Profit in die Taschen der Großindustrie

Von Ulrich und Sönne Jochimsen

Das ungeklärte Schicksal der Windfarm an Nordfrieslands Küste, die ungewisse Entwicklung der geplanten »Vestas«-Windmühlenproduktion in Husum und das undurchsichtige Spiel der »Fördergesellschaft Windenergie« mit Sitz in Kiel erregen die Gemüter an der nordfriesischen Küste und im ganzen Landesteil Schleswig. Der in Niebüll geborene, in Flensburg lebende In-

genieur Ulrich Jochimsen und Mit-Autorin Sönne Jochimsen schildern für Flensburg Avis, welche Chancen für Südschleswig an der Westküste drohen vertan zu werden. Und sie decken – aus ihrer sachkundigen wie kritischen Sicht – auf, welche mächtigen Kräfte dort dabei sind, hoffnungsvolle junge Pflänzchen zu zertreten, kaum daß sie die Keimblätter entfaltet haben.

Theodor Storms Husum, die »graue Stadt am Meer«, könnte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts Energiegeschichte schreiben. Nordfriesland, wird mancher »Bundes-Germane« noch lernen, ist nicht nur östlicher als Ostfriesland, sondern vor allem nördlicher, dem windenergiefreundlichen Dänemark nahe.

Die Chance hat eine Vorgeschichte: Es fing an mit einer Aufsichtsratsitzung der Schleswig im Mai 1979 in Husum. Dort wurde laut Protokoll die Beteiligung der Schleswig an der GROWIAN-Betriebsgesellschaft mbH beschlossen, »damit der Bevölkerung gezeigt wird, daß Wind keine Alternative ist.«

Windenergie – für die USA durchaus eine Alternative

Daß Windenergie eine Alternative sein kann, beweisen die langjährigen Versuche und Erfolge, die mit Windkraft in unserem Nachbarland Dänemark erzielt wurden. 7 200 Arbeitsplätze entstanden dort beim Bau von Windrädern für Dänemark und den Export in den High-Tech-Staat Kalifornien.

Die Vereinigten Staaten haben längst die Möglichkeiten und die Widerstandsfähigkeit der »kleinen« Kraftwerke erkannt und sind dankbare Abnehmer. Wenn der Wind weht, drehen sich die 55 Kilowatt Windmühlen der dänischen Firmen Tag und Nacht. Nach einmalig entstandenen Kosten von circa 110 000 Mark für Anschaffung, Transport und Aufbau einer Anlage, liefern sie den Strom frei Haus. Der überschüssige Strom wird ans Netz verkauft und in Kalifornien gut bezahlt.

Gewollte Ohnmacht

Daß dieses bewährte Beispiel bei uns in Deutschland noch keine Furore machte, ist die Folge einer wohlgedachten Ohnmacht. Weshalb sonst sollte es fünfzig Meter südlich der deutsch-dänischen Grenze, auf deutscher Seite, nicht möglich sein, dasselbe zu tun? Die Windbedingungen sind die gleichen.

Nein, die einzelne Person beziehungsweise der einzelne Haushalt soll hierzulande nicht die Macht erlangen, auf dezentrale, umweltbewahrende Art und Weise selber Strom zu erzeugen und diesen womöglich gutbezahlt ins öffentliche Stromnetz einzuspeisen. Um dies zu verhindern, ist das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft da, ein Überbleibsel des Dritten Reiches. Es monopolisiert die Energiewirtschaft und untersagt uns selbständiges Handeln in diesem Sektor.

Um diese Elektrizitätsmonopole vor Konkurrenz zu schützen, so steht es in der Präambel des Energiegesetzes, »volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen« hat, wurde gewissermaßen eine staatliche Flurbereinigung verordnet. Der damalige Wirtschaftsminister Dr. Hjalmar Schacht sagte: »Der Ehrgeiz einzelner Kommunen, durch die Errichtung selbständiger Energiewerke

Einfluß und Prestige zu gewinnen oder sich willkommenen Einnahmequellen zu verschaffen, hat sowohl den wirtschaftlichen, wie den sozialen und wehrpolitischen Zwecken im Wege gestanden.«

Das Energiewirtschaftsgesetz muß also auch im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen des Nazi-Reiches gesehen werden. Und es war auch während des II. Weltkrieges, am 29. Juli 1941, daß durch Führerbefehl – ohne parlamentarische Kontrolle – die Aufsicht dem Generalinspektor für Wasser und Energie übertragen wurde, der bis dahin ebenfalls zu-

Bundesregierung dazu, allein bei einem Projekt 100 Millionen Mark Zukunftsinvestitionen buchstäblich in den Wind zu schlagen, um ihre Monopolstruktur gegen die Welt der Marktwirtschaft und des Grundgesetzes zu verteidigen:

GROWIAN, das überdimensionierte Riesenrad, das in der Nähe der Elbmündung 150 Meter in die Luft ragt. Es wurde von der Großindustrie in Süddeutschland gebaut. Die 30 000 Mann starke Firma M.A.N. Wen wundert es da noch, daß die größten Förderpakete der Bundesregierung durch Riesenhuberei beinahe traditionell nach Süddeutschland gehen?

GROWIAN, das Denkmal des Größenwahns der bundesrepublikanischen Mächtigen-Weltraum-Industrie, das nicht aus volkswirtschaftlichem Kalkül, sondern aus politischer Korruption entstandene Projekt offenbart seinen wahren Charakter. Denn es hat nur 150 Betriebsstunden hinter sich gebracht und ist dann verreckt.

Als Touristenattraktion hat das flügelarme Monster den Norddeutschen ja immerhin einen kleinen Nutzen gebracht. Das war offensichtlich schon zu viel. GROWIAN soll in sechs Monaten mit einem enormen Kostenaufwand wieder abgerissen werden. Um ihn rückstandslos zu beseitigen, wollen die Politiker die nächste Bundestagswahl abwarten. Es gibt Leute, die gegen diese Beseitigung sind. Sie wollen, daß alle aus den naiv beziehungsweise böswillig gemachten Fehlern lernen, angesichts der großen öffentlichen Schuldenlast. Wurde der GROWIAN doch aus Kapitalmitteln gebaut, die »erst verdient werden müssen.«

GROWIANS »kleiner Bruder«

Nun haben die mächtigen EVUs sich mit ihren GROWIAN-Abenteuern auf den roten, einst heiligen Felsen im Meer zurückgezogen; nach Helgoland, von alters her zu Nordfriesland gehörig.

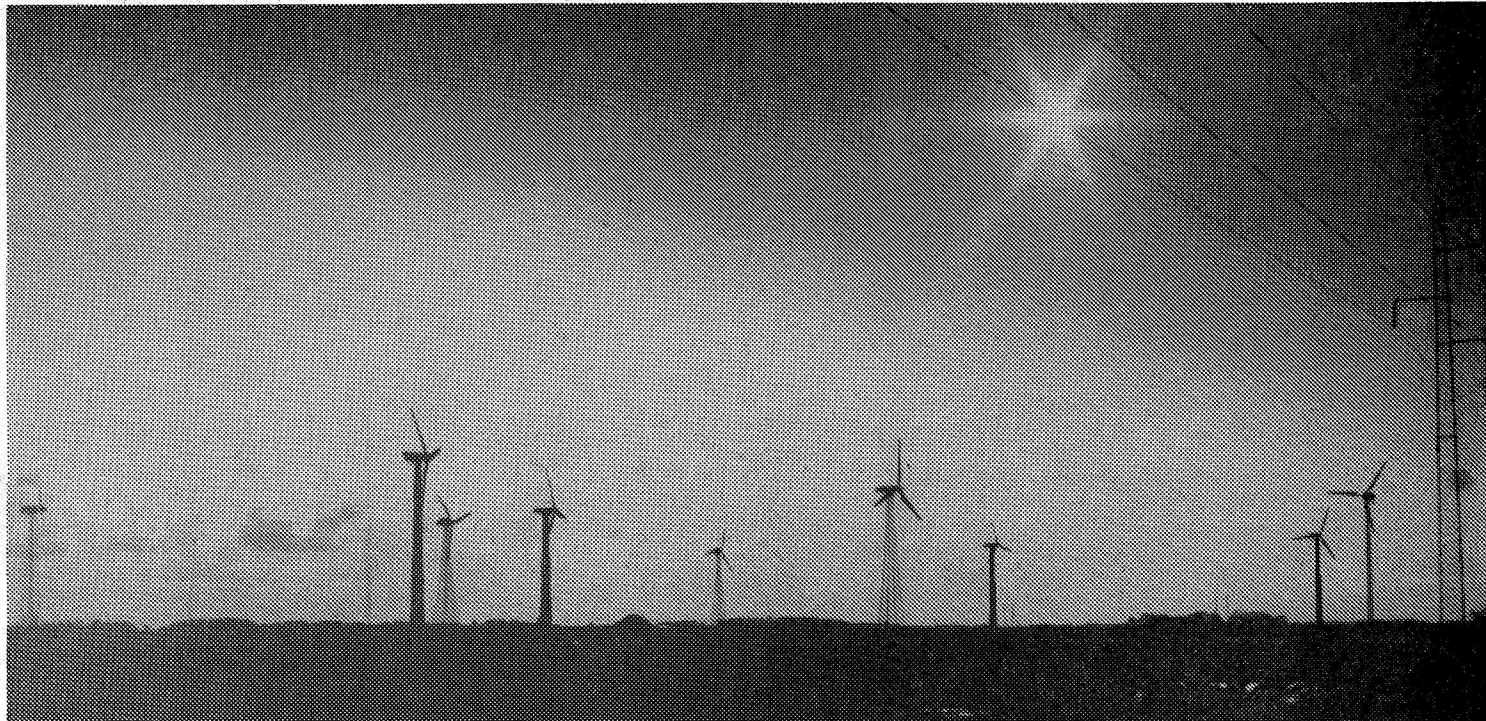
Dieser zweite Versuch zum Thema »Windenergie wird billiger, kommt uns allen jedoch noch teuer zu stehen. Diesmal wird etwas weniger als die Hälfte des GROWIAN-Betrages für ein weiteres windiges Großprojekt aus öffentlichen Kassen genommen, die dann leer sind für sinnvolle Kleinprojekte.

Auf den Klippen von Helgoland soll nun ein 65 Meter hohes, »kleineres« Riesenrad gebaut werden. Der Auftraggeber ist wieder »unsere« Energiewirtschaft, und wieder ist es dieselbe Großindustrie aus Bayern, die uns die Windenergie abkassiert.

Eine mutwillige Vergeudung der Mittel, mit denen nun keine sinnvollen, umweltfreundlichen Arbeitsplätze in unserer Region mehr geschaffen werden können. Nicht aus der Luft gegriffen, sondern aus der Tasche des kleinen Bürgers, um uns zu beweisen, daß Windenergie für die Energiewirtschaft keine Alternative ist.

Bessere nordfriesische Lösung

Dieses windige 1 200 Kilowatt-Kraftwerk auf Helgo-



Für Nordfriesland ist ein Windmühlen-Park an der Küste noch Zukunftsmusik – und wird es vielleicht immer bleiben. Aber die Nordfriesen brauchen nur über die Grenze bei Tøn-

land dürfte höchstens 2,6 Millionen Mark kosten (der Preis von 22 Stück 55 kW-Anlagen), wenn industriell-wirtschaftlich seriös gerechnet wird. Was da geplant ist, kostet aber nicht nur viel zu viel. Es ist auch gefährlich.

Denn dieses müßten die Hochbezahlten mindestens aus dem Schuß in den Ofen namens GROWIAN gelernt haben: Wenn dieser »kleine Bruder des GROWIANS« ausfällt, ist mit einem Schlag Schluß mit der Versorgungssicherheit und Rentabilität.

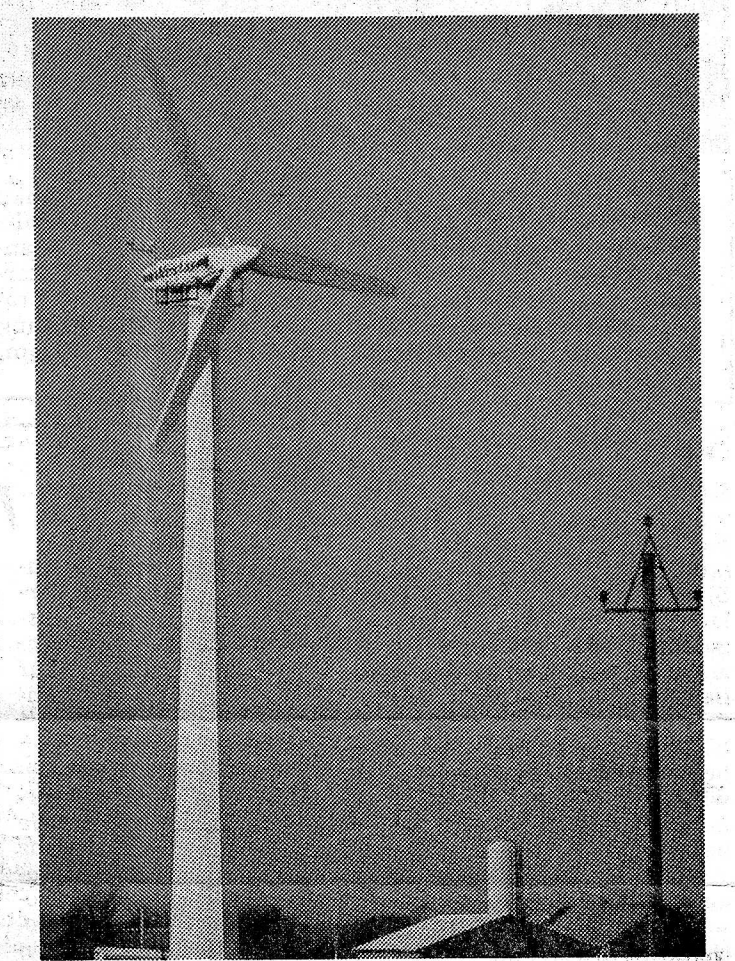
Das ist das Einmaleins der Versicherungsmathematik. Mag auf den 65 Meter hohen Mast bei mittlerer Windstärke fünf bis sechs hochklettern und reparieren, wer will. Mehr Sicherheit für weniger Geld, Arbeitsplätze für die Region und für Husum einen Platz in der Geschichte der deutschen Energieversorgung würde eine »nordfriesische Lösung« bringen, die wir hier vorschlagen:

Die 50 Millionen Mark für GROWIANS kleinen Bruder in Bundesschatzbriefen anlegen. Das gibt wenigstens acht Millionen Mark risikolose Zinsen in zwei Jahren – der Mindest-Bauzeit des neuen GROWIANS halber Portion. Für 2,6 Millionen Mark werden 22 Stück Windkraftanlagen gekauft, die in Husum unter dänischer Anleitung von

der Firma Vestas gebaut werden. Jetzt noch arbeitslose Jugendliche dieser Region installieren sie. Das stärkt ihr Selbstbewußtsein und bietet ihnen berufliche Zukunft. Sie bleiben bei uns, anstatt notgedrungen als Gastarbeiter nach Süddeutschland reisen zu müssen. Die 50 Millionen Mark, vorübergehend in Bundesschatzbriefen angelegt, werden nach zwei Jahren unbeschädigt an den Steuersäckel zurückgegeben.

Doch die restlichen verdienten 5,4 Millionen Mark bleiben in der Region Schleswig zur Förderung bäuerlich-kaufmännisch-handwerklicher Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, zum Bau von BIOREAKTOREN und ENERGIEBOXEN, zur Entlastung der kleinen Geldbeutel und des Grundwassers von Nitraten.

Im Landesteil-Schleswig bleibt dann auch die Windmühlenproduktion. Denn sie gehört dorthin, wo der Wind weht; dorthin, wo die zukunftssicheren Arbeitsplätze fehlen und nicht in den Freistaat Bayern mit seiner Großindustrie. Denn wir wissen, daß der abschätzbare, gesamte Weltumsatz an dergleichen Anlagen sich 1984 auf knapp vier Milliarden Mark belief. Für 1990 wird mit einem Umsatz von etwa sechs Milliarden Mark gerechnet!



22 dieser schlanken weißen Windmühlen der dänischen Firma Vestas könnten die Insel Helgoland sicherer und entscheidend billiger mit Windenergie versorgen als der geplante »halbe GROWIAN«, hat Ingenieur Ulrich Jochimsen errechnet. (Werksfoto)

Die Reform fand nie statt

Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 gilt noch heute fast unverändert

Die nazi-gesetzlich abgesicherte, monopolistische Kommandostruktur der deutschen Energiewirtschaft hat sich in der Geschichte Nachkriegs-Deutschlands und der Bundesrepublik als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Wiederholt stand sie im Mittelpunkt kontroverser Diskussionen, die sie alle unbeschadet überstand:

Schon die Alliierten wollten 1946 die deutsche Energiewirtschaft entflechten und demokratisieren. Mit Aufkommen des Kalten Krieges besannen sie sich jedoch anders.

Ein gänzlich neues Energiegesetz forderte der Bundestag 1955. Der Bundeswirtschaftsminister ließ aber »zu seinem Bedauern« mitteilen, daß er sich dazu nicht in der Lage sehe.

1973 wurde ein Referententwurf aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium bekannt, in dem mehr Wettbewerb und die Berücksichtigung der Fernwärme im Energiewirtschaftsgesetz gefordert wurden. Der Entwurf verschwand aber wieder in der Schublade. Und die Referenten hatten einen Knacks in ihrer Karriere.

Daraufhin kam es noch schlimmer: Das Gesetz zur Wettbewerbsbeschränkung wurde zugunsten der Energiewirtschaft und zum Nachteil der Bevölkerung geändert. Den Strom-, Gas- und Wasserversorgungsunternehmen wurden wettbewerbsbeschränkende Verträge über Preise, Konzessionen und Gebiete ausdrücklich erlaubt.

Stromsparen unerwünscht

Dem Anliegen, Energie zu sparen, widerspricht die

Struktur der Stromtarife. Im krassen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika zahlt in der Bundesrepublik weniger, der mehr verbraucht. Somit wird Verschwendung belohnt und Umweltschonung wirtschaftlich bestraft.

So bezieht das Aluminiumwerk des US-Konzerns Reynolds in Hamburg die Kilowattstunde Strom für 2,8 Pfennig – der normale Tarifpunkt dagegen bezahlt 23,7 Pfennig. Die privaten Verbraucher in Hamburg subventionieren also besonders die Industrie, die ihre unmittelbare Umwelt stark verschmutzt.

Auch deshalb hat das Versorgungsgebiet der Hamburgischen Electricitätswerke die höchsten Strompreise für Haushalte.

Die Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder haben darauf keinen Einfluß, denn zuständig ist für die Juristen nach wie vor der von Hitler geschaffene »Generalinspektor für Wasser und Energie«. Die parlamentarische Frage, ob der Bundesregierung der jetzige Aufenthaltsort dieses bundesgesetzlich zuständigen Generalinspektors für Wasser und Energie bekannt sei, hat die Regierung Kohl im Dezember 1985 ohne Antwort zurückgewiesen mit Hinweis auf ihre Nicht-Zuständigkeit. Das ist juristisch korrekt. Denn formal zuständig ist nach wie vor das III. Deutsche Reich, dessen verfassungs- und völkerrechtlicher Fortbestand von der Bundesregierung immer wieder bekräftigt wird.

Demokratie-Entwicklungsland

Der SSW hat im Kieler Landtag zum 40. Jahrestag der Kapitulation den Gesetzesantrag

gestellt: »Wo in den noch gültigen Gesetzestexten auf heute nicht mehr vorhandene Instanzen verwiesen wird, die diesbezüglichen Passagen zu streichen«. Alle Fraktionen und selbst die CDU-Landesregierung stimmte zu und sprach sogar von Sympathie für Karl Otto Meyers Gesetzesantrag – vor allem mit Hinblick auf die heranwachsende Generation und das Ausland. Der stellvertretende Ministerpräsident, Bundesratsminister Dr. Schwarz antwortete wie Radio Eriwan: »Im Prinzip stimmt die Landesregierung mit Ihrer inhaltlichen Vorstellung überein. In der Sache selbst wird es schwierig.«

Damit uns die Helden der »moralisch-geistigen Wende« nicht so leicht davonkommen, hatte der SSW schon im Februar 1984 das »Gesetz zur Förderung der dezentralisierten Energiewirtschaft« in den Landtag in Kiel eingebracht. Und wie allgemein erwartet, war er an der CDU-Mehrheit gescheitert.

Was ein offizieller Regierungssprecher Johann Wolfgang von Goethe in der Kieler Landtagssitzung vom 23. April 1985 zu dem von Hitler für 1000 Jahre festgeschriebenen Gesetz gesagt hätte, wissen geisteswissenschaftlich Gebildete:

»Das ist der Fluch der bösen Tat, die fortzeugend immer neues muß gebären. Mißgestalt in Mißgestalten schaltet, das Ungesetz gesetzlich überwallt und eine Welt des Irrtums sich entfaltet.«

Und wenn er ausnahmsweise für seinen Landesherrn einmal hätte offen und ehrlich sprechen dürfen: »Da wir dieses undemokratische, 50 Jahre alte Gesetz zur Förderung der

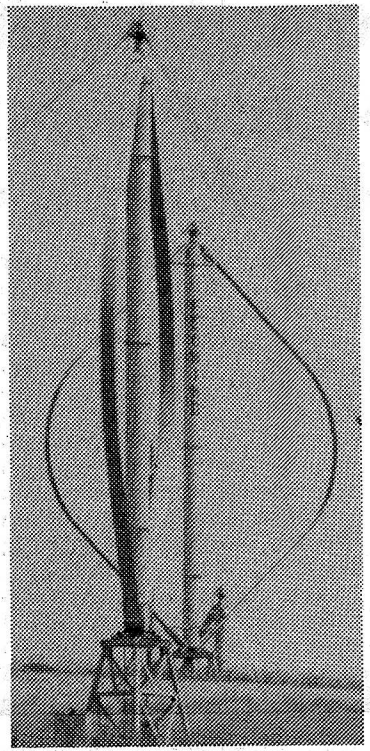
zentralisierten Energiewirtschaft weiterhin stützen wollen, sind wir gezwungen, sofort nach parlamentarischer Ablehnung des SSW-Antrages »Gesetz zur Förderung der dezentralisierten Energiewirtschaft« einen Windenergie-Verhinderungsverein aus der Taufe zu heben, dem wir den wohlklingenden Namen »Fördergesellschaft Windenergie« geben.«

Jetzt ist klar, warum die Weiterentwicklung und Verwirklichung neuer Technologien im Bereich der selbständigen, umweltschonenden Stromerzeugung in Deutschland so schwer gemacht werden. Warum die rentable Verwendung der in Eigenleistung erbrachten Energie immer weiter boykottiert wird.

Was sich zum Thema Windenergiepolitik in Nordfriesland abspielt, hat mit der unbewältigten obrigkeitshörigen Vergangenheit zu tun. Schon im Jahre 1948 hatte sich das Präsidium des Deutschen Städtetages in einem Antrag gegen das Energiewirtschaftsgesetz gewandt, weil es

»eine aus der Zielsetzung des totalitären Staates herrührende, zentralistisch überspitzte, bis ins Einzelne gehende Bevormundung und Überwachung der Energiewirtschaft brachte. Die Erwartung, der neue Staat werde diesen weder wirtschaftlich nötigen noch mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates verträglichen, diktatorischen und parlamentarisch unkontrollierten Staatseingriff beseitigen, haben sich nicht erfüllt.«

deres avis
flensburg avis



In den USA haben sich diese formschönen Vertikalrotoren aus kanadischer Produktion bewährt. (Foto: Jochimsen)

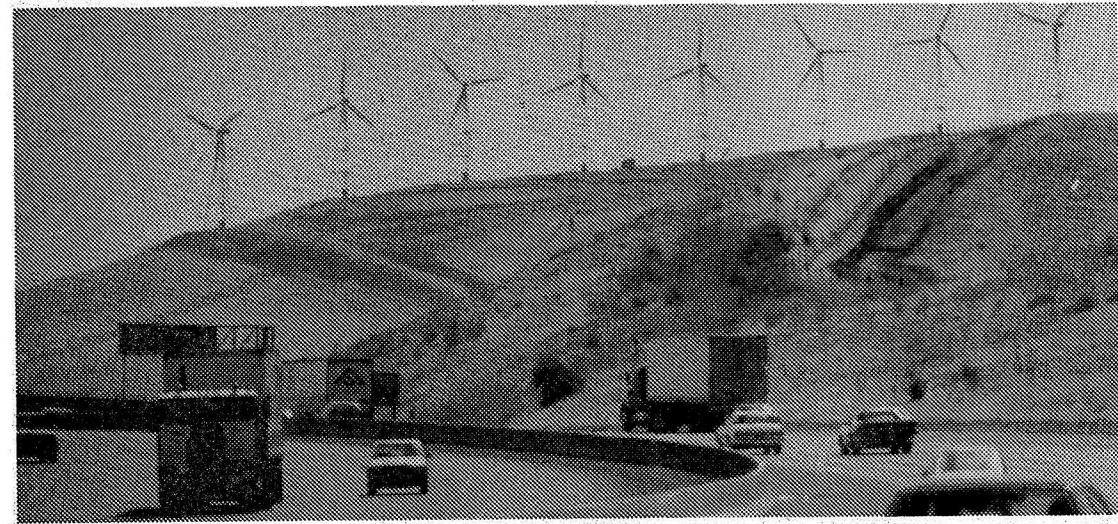
ständige Innenminister (Verfassungsmi-

ister) völlig ausgeschaltet. So steht es noch heute unmißverständlich im Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft. Und obwohl sich hinter diesem glänzenden Etikett kein Amt und keine Würde verbirgt und kein Mensch aus Fleisch und Blut, ist dies noch lange kein Grund für unsere Regierung, seinen Namen ersatzlos zu streichen oder gar eine prinzipielle Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vorzunehmen. Das hätte nämlich eine totale Umstrukturierung der Machtverhältnisse in unserem Land zur Folge, das Energiewirtschaftsmonopol würde aufgebrochen.

Man stelle sich vor, das Grundgesetz würde Einzug halten in die Energieversorgung: Lauter selbständige Individuen, »Kleinunternehmer«, könnten aktiv werden und in Nebentätigkeit auch noch Geld daran verdienen, daß sie ihren Strom umweltfreundlich selbst erzeugen.

Bayrische Riesenhuberei an der Küste Holsteins

Politiker in Land und Bund haben bisher dafür gesorgt, daß das nicht passiert, wie an anderer Stelle auf dieser Seite nachzulesen. Und die Energieversorgungsunternehmen (EVU) wurden ihrerseits aktiv, um den grundgesetzfeindlichen Zustand für sich zu sichern. So brachten sie die



In den USA liefern ganze Batterien dänischer Windmühlen, wie hier am Altamont-Paß in Kalifornien, saubere Energie aus dem Wind. Ein Geschäft für die Mühlen-Besitzer, die faire Preise für eingespeisten Strom erhalten, ein Geschäft auch für das Energieversorgungsunternehmen, das keine neuen teuren Kraftwerke zu bauen braucht. Und ein Gewinn für die dänische Wirtschaft, die Dollars verdient und Arbeitsplätze schaffen kann.

(Foto: Jochimsen)